



Finanzwissenschaft: Grundlagen der Stabilisierungspolitik

Von
Universitätsprofessorin
Dr. Walburga von Zameck

R. Oldenbourg Verlag München Wien

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Zameck, Walburga von:

Finanzwissenschaft: Grundlagen der Stabilisierungspolitik /
von Walburga von Zameck. - München ; Wien : Oldenbourg,
1996

ISBN 3-486-22870-6

© 1996 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-22870-6

Vorwort

Das vorliegende Lehrbuch zur Fiskalpolitik hat die Analyse der makroökonomischen Wirkungen staatlicher Haushaltspolitik im Rahmen der wichtigsten theoretischen Grundmodelle der Volkswirtschaftslehre zum Inhalt. Fiskalpolitische Fragestellungen werden zwar häufig in Lehrbüchern zur Wirtschaftspolitik und Makroökonomie behandelt bzw. stellen in einigen Lehrbüchern zur Finanzwissenschaft einen Themenkreis unter etlichen dar. Da das Hauptinteresse dieser Lehrbücher jedoch auf andere Schwerpunkte gerichtet ist bzw. ihr Anliegen einem Generalüberblick gilt, wird die Analyse makroökonomischer Wirkungen staatlicher Budgetpolitik dort auf elementare Implikationen der betrachteten theoretischen Modelle beschränkt.

Das vorliegende Lehrbuch rückt demgegenüber die Untersuchung der Differentialwirkungen staatlicher Ausgaben- und Einnahmenveränderungen auf die Volkswirtschaft ins Zentrum der Betrachtung. Budget-, Produktions-, Beschäftigungs- und Preisniveaueffekte des Einsatzes verschiedener Instrumente werden dabei jeweils im Rahmen von Grundmodellen der neoklassischen und keynesianischen Theorie sowie der neoklassischen Synthese untersucht und miteinander verglichen. Die bewußte Beschränkung auf diese Grundmodelle als theoretischer Rahmen für die Wirkungsanalyse dient dazu, den Studierenden die Basis für das Verständnis theoretischer Kontroversen um die Fiskalpolitik zu vermitteln, die sich aus der Modifikation und Weiterentwicklung der Grundmodelle in der Literatur entwickelt haben.

Die Konzentration auf die zentralen Aspekte der Fiskalpolitik wie auch die gebotene Beschränkung des Umfangs der Darstellung hat zum Verzicht auf die Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Einflüsse geführt. Vielmehr werden zur besseren Verständlichkeit die grundlegenden Wirkungszusammenhänge ausführlich entwickelt, wobei die Darstellungsform verbale, graphische und analytische Argumentation miteinander verbindet.

Entstanden ist dieses Lehrbuch aus Teilen eines Vorlesungsskriptes, das meine finanzwissenschaftliche Veranstaltung „Staat und Stabilisierung“ während meiner Tätigkeit an der Freien Universität Berlin begleitet hat und daher von den kritischen Anmerkungen der Studierenden in vielfältiger Weise profitieren konnte. Ebenso waren mir bei der späteren Erprobung des Manuskriptes in der Lehre die Studenten der Universität der Bundeswehr München hilfreich.

Danken möchte ich vor allem meinem Mitarbeiter, Herrn Dipl.-Vw. Gero von Grawert-May für zahlreiche Hinweise und Verbesserungsvorschläge, die geholfen haben, Mißverständnisse und Unklarheiten zu vermeiden. Mein Dank gilt ebenfalls Frau cand. rer. pol. Stephanie Abraham für ihre Hilfe bei der Erstellung des Stichwortverzeichnisses und vieler technischer Arbeiten, die mit der Realisierung des Lehrbuchprojekts verbunden waren.

Walburga von Zameck

Inhaltsverzeichnis

1	Das Stabilitätsziel und seine Messung	1
1.1	Aufgaben des Staates	1
1.2	Gesetzlich fixierte Stabilitätsziele	3
1.3	Indikatoren der Zielerreichung	4
1.3.1	Stabiles Preisniveau	5
1.3.1.1	Statistische Preisindices	6
1.3.1.2	Preisindexarten	8
1.3.1.2.1	Preisindices der VGR	8
1.3.1.2.2	Preisindices der Lebenshaltung	10
1.3.2	Hoher Beschäftigungsstand	13
1.3.2.1	Die Arbeitslosenquote	13
1.3.2.1.1	Aussagefähigkeit der Arbeitslosenquote	14
1.3.2.1.2	Zielprojektionen	19
1.3.2.2	Arbeitslose und offene Stellen	20
1.3.2.3	Erwerbstätige, beschäftigte Arbeitnehmer	20
1.3.3	Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	23
1.3.4	Stetiges, angemessenes Wirtschaftswachstum	27
1.4	Ausblick	30
I	Neoklassische Theorie	35
2	Das Grundmodell ohne staatliche Aktivität	37
2.1	Die makroökonomische Produktionsfunktion	38
2.2	Die Unternehmen	40
2.2.1	Die Arbeitsnachfrage	41
2.2.2	Die Kreditnachfrage	46
2.2.3	Die Güternachfrage der Unternehmen	50
2.2.4	Das Güterangebot	50
2.3	Die Haushalte	50
2.3.1	Die Arbeits-/Freizeitentscheidung	51
2.3.2	Das Kreditangebot	56
2.3.3	Die Güternachfrage der Haushalte	60
2.4	Die Märkte	61

2.4.1	Der Arbeitsmarkt	61
2.4.2	Der Kreditmarkt	61
2.4.3	Der Gütermarkt	63
2.5	Die monetäre Seite des Modells	63
2.5.1	Preisniveaubestimmung	63
2.5.2	Der Nominallohn	66
2.6	Das Gesamtmodell	68
A	Lösen linearer simultaner Gleichungssysteme	73
A.1	Eliminierung der Variablen	73
A.2	Matrix-Algebra: Cramersche Regel	74
3	Staatliche Aktivität mit Pauschalsteuer	77
3.1	Einfügen der staatlichen Parameter	77
3.2	Kreditfinanzierung	80
3.2.1	Kreditfinanzierte Staatsausgaben	80
3.2.1.1	Kreditmarktwirkungen	80
3.2.1.2	Strukturwirkungen am Gütermarkt	83
3.2.2	Kreditfinanzierte Transferausgaben	83
3.2.2.1	Kreditmarktwirkungen	84
3.2.2.2	Strukturwirkungen am Gütermarkt	86
3.3	Variation der Pauschalsteuer	87
3.3.1	Kreditmarktwirkungen	87
3.3.2	Strukturwirkungen am Gütermarkt	90
3.4	Pauschalsteuerfinanzierung	90
3.4.1	Pauschalsteuerfinanzierte Staatsausgaben	91
3.4.2	Pauschalsteuerfinanzierte Transferausgaben	93
3.5	Ausgabenumschichtung	93
3.6	Zusammenfassung der Ergebnisse	95
4	Staatliche Aktivität mit Lohnsteuer	97
4.1	Einfügen der Lohnsteuer	97
4.2	Variation des Lohnsteuersatzes	98
4.2.1	Wirkung auf das reale Subsystem	98
4.2.2	Wirkung auf Preisniveau und Nominallohn	101
4.2.3	Wirkungen auf den Kreditmarkt	101
4.2.3.1	Die Kreditnachfrage	102
4.2.3.2	Das Kreditangebot	105
4.2.3.3	Zinsentwicklung	105
4.2.4	Wirkungen auf den Gütermarkt	110
4.3	Steuerfinanzierung	110
4.3.1	Wirkung auf das reale Subsystem	111
4.3.2	Lohnsteuerfinanzierte Staatsausgaben	112
4.3.3	Lohnsteuerfinanzierte Transferausgaben	113
4.4	Zusammenfassung der Ergebnisse	114

II	Keynesianische Theorie	117
5	Das Einkommen–Ausgaben–Modell	119
5.1	Das Grundmodell ohne Staat	120
5.2	Staatliche Aktivität mit Pauschalsteuer	124
5.2.1	Verschuldungsfinanzierung	125
5.2.1.1	Staatsausgabenmultiplikator	125
5.2.1.2	Transferausgabenmultiplikator	128
5.2.2	Pauschalsteuermultiplikator	129
5.2.3	Pauschalsteuerfinanzierung	130
5.2.3.1	Das Haavelmo–Theorem	130
5.2.3.2	Steuerfinanzierte Transferausgaben	132
5.2.4	Ausgabenumschichtung	133
5.3	Staatliche Aktivität mit Einkommensteuer	134
5.3.1	Verschuldungsfinanzierung	134
5.3.1.1	Staatsausgabenmultiplikator	134
5.3.1.2	Transferausgabenmultiplikator	136
5.3.2	Built–in–Flexibility	136
5.3.2.1	Index der built–in–flexibility	139
5.3.2.2	Determinanten der bif einer Steuer	141
5.3.3	Steuersatzmultiplikator und Steuereinnahmen	143
5.3.4	Einkommenssteuerfinanzierung	145
5.3.4.1	Einkommensteuerfinanzierte Staatsausgaben	145
5.3.4.2	Einkommensteuerfinanzierte Transferausgaben	146
5.3.5	Ausgabenumschichtung	147
5.4	Zusammenfassung der Ergebnisse	149
6	Das IS/LM–Modell: Zinsreagible Investitionen	153
6.1	Die Güterseite des Modells	153
6.1.1	Die Investitionsfunktion	153
6.1.2	Das Gütermarktgleichgewicht: Die <i>IS</i> –Kurve	155
6.1.2.1	Die Steigung der <i>IS</i> –Kurve	156
6.1.2.2	Die Lage der <i>IS</i> –Kurve	157
6.2	Die monetäre Seite des Modells	158
6.3	Das Gesamtgleichgewicht	163
6.4	Fiskalpolitik im <i>IS/LM</i> –Modell	163
6.4.1	Verschuldungsfinanzierung	164
6.4.1.1	Der Staatsausgabenmultiplikator	164
6.4.1.2	Der Transferausgabenmultiplikator	172
6.4.2	Steuersatzmultiplikator und Steuereinnahmen	172
6.4.3	Einkommensteuerfinanzierung	174
6.4.3.1	Steuerfinanzierte Staatsausgaben	175
6.4.3.2	Steuerfinanzierte Transferausgaben	178
6.4.4	Ausgabenumschichtung	178

6.5	Geldpolitik im <i>IS/LM</i> -Modell	179
6.5.1	Variation der Geldmenge	179
6.5.2	Geldmengenfinanzierte Staatsausgaben	184
6.6	Zusammenfassung der Ergebnisse	188
7	Das <i>IS/LM</i>-Modell mit variablem Preisniveau	191
7.1	<i>IS</i> -Kurve, <i>LM</i> -Kurve und variables Preisniveau	191
7.2	Das Gesamtmodell mit variablem Preisniveau	193
7.3	Die aggregierte Nachfragekurve	195
7.3.1	Die Steigung der aggregierten Nachfragekurve	195
7.3.2	Die Lage der aggregierten Nachfragekurve	200
7.4	Die aggregierte Angebotskurve	202
7.5	Zusammenfassung der Ergebnisse	203
III	Neoklassische Synthese	205
8	Neoklassische Synthese mit flexiblem Lohn	207
8.1	Der Arbeitsmarkt	208
8.1.1	Der Einfluß einer Veränderung des Preisniveaus	208
8.1.2	Der Einfluß einer Veränderung des Steuersatzes	210
8.2	Die aggregierte Angebotskurve	211
8.2.1	Die Steigung der aggregierten Angebotskurve	211
8.2.2	Die Lage der aggregierten Angebotskurve	212
8.3	Das Gesamtmodell	213
8.4	Fiskalpolitik in der neoklassischen Synthese	213
8.4.1	Verschuldungsfinanzierung	213
8.4.2	Steuersatzmultiplikator und Steuereinnahmen	217
8.4.3	Einkommensteuerfinanzierung	224
8.4.3.1	Steuerfinanzierte Staatsausgaben	225
8.4.3.2	Steuerfinanzierte Transferausgaben	227
8.4.4	Ausgabenumschichtung	230
8.5	Geldpolitik in der neoklassischen Synthese	230
8.5.1	Variation der nominalen Geldmenge	231
8.5.2	Geldmengenfinanzierte Staatsausgaben	231
8.6	Zusammenfassung der Ergebnisse	234
9	Nach unten starrer Nominallohn	237
9.1	Arbeitsmarkt: Nach unten starrer Nominallohn	237
9.2	Die aggregierte Angebotskurve	241
9.2.1	Die Steigung der aggregierten Angebotskurve	241
9.2.2	Die Lage der aggregierten Angebotskurve	243
9.3	Das Unterbeschäftigungsgleichgewicht	246
9.4	Fiskalpolitik im Unterbeschäftigungsgleichgewicht	246
9.4.1	Verschuldungsfinanzierung	248

INHALTSVERZEICHNIS

XI

9.4.2	Steuersatzmultiplikator und Steuereinnahmen	252
9.4.3	Ausgabenumschichtung	254
9.5	Geldpolitik im Unterbeschäftigungsgleichgewicht	255
9.5.1	Variation der nominalen Geldmenge	255
9.5.2	Geldmengenfinanzierte Staatsausgaben	257
9.6	Zusammenfassung der Ergebnisse	259
Literaturverzeichnis		261
Index		267

Abbildungsverzeichnis

1.1	Staatliches Zielsystem nach Musgrave	2
1.2	Statistische Indexmethoden	6
1.3	Preisindex des Bruttosozialprodukts, BRD 1960–1990	9
1.4	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, BRD 1962–1993	12
1.5	Inflationsrate in der BRD 1963–1993	12
1.6	Arbeitslosenquote in der BRD 1950–1994	13
1.7	Arbeitslose, Kurzarbeiter in der BRD 1950–1995	17
1.8	Arbeitslose, offene Stellen in der BRD 1950–1995	21
1.9	Erwerbstätige in der BRD 1950 bis 1994	22
1.10	Beschäftigte Arbeitnehmer in der BRD 1950 bis 1994	22
1.11	Komponenten der Leistungsbilanz	24
1.12	Leistungsbilanz der BRD 1950–1994	25
1.13	Wachstumsrate des BSP in der BRD 1961–1994	29
2.1	Die Produktionsfunktion	40
2.2	Wertgrenzprodukt der Arbeit und Nominallohn	42
2.3	Wertgrenzprodukt der Arbeit und Nominallohnerhöhung	43
2.4	Wertgrenzprodukt der Arbeit und Preisniveauerhöhung	44
2.5	Produktionsfunktion und Arbeitsnachfrage	45
2.6	Die private Kreditnachfrage	49
2.7	Die optimale Zeitaufteilung	52
2.8	Die Arbeits-/Freizeitentscheidung	54
2.9	Das Arbeitsangebot	55
2.10	Intertemporale Konsumentenentscheidung	56
2.11	Das Kreditangebot	59
2.12	Gleichgewicht am Arbeitsmarkt	62
2.13	Das Kreditmarktgleichgewicht	62
2.14	Die Quantitätsgleichung	65
2.15	Der Nominallohn	67
2.16	Nominallohn und Arbeitsmarkt	68
2.17	Das neoklassische Gesamtmodell	69
3.1	Die Kreditnachfrage	79
3.2	Kreditfinanzierte Staatsausgaben	81

3.3	Kreditfinanzierte Transferausgaben	84
3.4	Variation der Pauschalsteuer	88
3.5	Pauschalsteuerfinanzierte Staatsausgaben	91
3.6	Pauschalsteuerfinanzierte Transferausgaben	94
3.7	Ausgabenumschichtung	94
4.1	Reales Subsystem: Erhöhung des Lohnsteuersatzes	100
4.2	Neoklassisches Gesamtsystem: Erhöhung des Lohnsteuersatzes	102
4.3	Erhöhung des Lohnsteuersatzes: Wirkung auf den Kreditmarkt	103
4.4	Zinswirkung der Erhöhung des Lohnsteuersatzes: Fall 1	107
4.5	Zinswirkung der Erhöhung des Lohnsteuersatzes: Fall 2	107
4.6	Zinswirkung der Erhöhung des Lohnsteuersatzes: Fall 3	109
5.1	Konsum- und Sparfunktion	121
5.2	Das Gütermarktgleichgewicht	123
5.3	Einkommen-Ausgaben-Modell: Erhöhung der Staatsausgaben	127
5.4	Einkommensabhängige Transferfunktion	137
6.1	Grenzleistungsfähigkeit und Marktzins	154
6.2	Die <i>IS</i> -Kurve	156
6.3	Der Einfluß des Steuersatzes auf die <i>IS</i> -Kurve	157
6.4	Einfluß der Staatsausgaben auf die <i>IS</i> -Kurve	158
6.5	Das Geldmarktgleichgewicht	161
6.6	Die <i>LM</i> -Kurve	162
6.7	Geldmengenvariation und Lage der <i>LM</i> -Kurve	162
6.8	Gleichgewicht auf dem Güter- und Geldmarkt	163
6.9	<i>IS/LM</i> -Modell: Erhöhung der Staatsausgaben	165
6.10	Erhöhung der Staatsausgaben bei zinsunelastischer Geldnachfrage	168
6.11	Erhöhung der Staatsausgaben bei Liquiditätsfalle	170
6.12	Erhöhung der Staatsausgaben bei zinsunelastischen Investitionen	171
6.13	<i>IS/LM</i> -Modell: Erhöhung des Einkommensteuersatzes	173
6.14	Einkommensteuerfinanzierte Staatsausgaben	176
6.15	<i>IS/LM</i> -Modell: Variation der Geldmenge	180
6.16	Geldpolitik bei zinsunelastischer Geldnachfrage	182
6.17	Geldpolitik bei Liquiditätsfalle	183
6.18	Geldpolitik bei Investitionsfalle	184
7.1	Preisniveauperänderung und Lage der <i>LM</i> -Kurve	193
7.2	Preisniveauperänderung im <i>IS/LM</i> -Modell	194
7.3	Die Steigung der aggregierten Nachfragekurve	197
7.4	Aggregierte Nachfragekurve und Investitionsfalle	199
7.5	Aggregierte Nachfragekurve und Liquiditätsfalle	200
7.6	Die Lage der aggregierten Nachfragekurve	201
7.7	Die aggregierte Angebotskurve bei vollständig elastischem Angebot	202
8.1	Der Arbeitsmarkt bei flexiblem Nominallohn	209

8.2	Arbeitsmarktgleichgewicht und veränderter Steuersatz	210
8.3	Die aggregierte Angebotskurve bei flexiblem Nominallohn	212
8.4	Auswirkung einer Erhöhung der Staatsausgaben	215
8.5	Erhöhter Steuersatz: Wirkung auf das Sozialprodukt	218
8.6	Erhöhter Steuersatz: Zinswirkung bei konstantem Preisniveau	220
8.7	Erhöhter Steuersatz: Zinswirkung bei reduziertem Preisniveau	221
8.8	Erhöhter Steuersatz: Zinswirkung bei erhöhtem Preisniveau	222
8.9	Steuerfinanzierte Staatsausgaben	226
8.10	Steuerfinanzierte Transferausgaben	229
8.11	Auswirkung einer Erhöhung der nominalen Geldmenge	232
8.12	Auswirkung geldmengenfinanzierter Staatsausgaben	233
9.1	Der Arbeitsmarkt bei vollständig exogenem Nominallohn	238
9.2	Der Arbeitsmarkt bei nach unten starrem Nominallohn	240
9.3	Aggregierte Angebotskurve: Nach unten starrer Nominallohn	243
9.4	Aggregierte Angebotskurve: Erhöhung des Steuersatzes	245
9.5	Das Unterbeschäftigungsgleichgewicht	247
9.6	Staatsausgaben und Unterbeschäftigungsgleichgewicht	250
9.7	Steuersatzvariation und Unterbeschäftigungsgleichgewicht	253
9.8	Geldmengenvariation und Unterbeschäftigungsgleichgewicht	256

Tabellenverzeichnis

1.1	Projektionen der Wachstumsrate des Preisindex des BSP, BRD 1969–1991	10
1.2	Preisindices für die Lebenshaltung	11
1.3	Bevölkerung nach dem Erwerbskonzept	14
1.4	Leistungsmißbrauch und illegale Beschäftigung, BRD 1982–1992 . . .	18
1.5	Projektionen der Arbeitslosenquote, BRD 1969 bis 1991	19
1.6	Projektionen der Beschäftigung, BRD 1980 bis 1992	23
1.7	Projektionen des Außenbeitrags in % des BSP, BRD 1969–1991 . . .	26
1.8	Projektionen der Wachstumsrate des realen BSP, BRD 1969–1991 . .	30
2.1	Märkte und Akteure des neoklassischen Grundmodells	37
3.1	Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen im neoklassischen Modell mit Pauschalsteuer	95
4.1	Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen im neoklassischen Modell mit Lohnsteuer	115
5.1	Einkommenselastizitäten ausgewählter Steuern (BRD 1950–1980) . .	142
5.2	Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen im Einkommen–Ausgaben–Modell	150
6.1	Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen im <i>IS/LM</i> –Modell	189
8.1	Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen im Modell der neoklassischen Synthese mit flexiblem Nominallohn	235
9.1	Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen im Unterbeschäftigungsgleichgewicht	259

Symbolverzeichnis

ALQ	Arbeitslosenquote
AS_t	Reaktion des aggregierten Angebots auf eine Veränderung des Steuersatzes
AS_P	Reaktion des aggregierten Angebots auf eine Veränderung des Preisniveaus
B	Bestand an Wertpapieren (Bonds)
BD	staatliches Budgetdefizit
C	Konsumausgaben
c	marginale Konsumquote
C_A	autonome Konsumausgaben
CO	Index des crowding-out
C_r	Reaktion der Konsumausgaben auf eine Veränderung des Zinssatzes
C_{Y^v}	Reaktion der Konsumausgaben auf eine Veränderung des verfügbaren Einkommens
$ D $	Determinante der Koeffizientenmatrix
$\mathcal{E}_{AS,t}$	Steuersatzelastizität des aggregierten Angebots
$\mathcal{E}_{B,Y}$	Einkommenselastizität der Bemessungsgrundlage
E^E	erwarteter Ertragsstrom eines Kapitalgutes
$\mathcal{E}_{T,Y}$	Einkommenselastizität des Steueraufkommens
$\mathcal{E}_{t,B}$	Bemessungsgrundlagenelastizität des Steuersatzes
$\mathcal{E}_{P,M}$	Geldmengeneelastizität des Preisniveaus
$\mathcal{E}_{P,Y}$	Einkommenselastizität des Preisniveaus
$\mathcal{E}_{w,P}$	Preisniveaueelastizität des Nominallohns
$\mathcal{E}_{Y,t}$	Steuersatzelastizität des Sozialprodukts
G	Staatsausgaben für Güter und Dienstleistungen
G_i	Gewichtungsfaktoren der Preise im Preisindex
Γ	zur Verfügung stehende Gesamtzeit
γ	Index der built-in-flexibility
I	Investitionen; Kreditnachfrage der Unternehmen

i	Grenzeistungsfähigkeit des Kapitals
I_r	Reaktion der Investitionen auf eine Zinssatzveränderung
$I_{(w/P)}$	Reaktion der Kreditnachfrage auf eine Veränderung des Reallohns
\bar{K}	Kapitalstock der Volkswirtschaft
κ	Kredit
K_B	Kurs eines Bond
\bar{K}_i	Kapitalstock eines Unternehmens i
K^*	optimaler Kapitalstock
L	Freizeit
$L(Y, r)$	Geldnachfragefunktion
\mathcal{L}	Lagrangefunktion
λ	Lagrangemultiplikator
LPI	Laspeyres-Preisindex
L_r	Reaktion der Geldnachfrage auf eine Zinssatzveränderung
L_S	Spekulationskasse
L_T	Transaktionskasse
L_Y	Reaktion der Geldnachfrage auf eine Einkommensveränderung
M	nominale Geldmenge
$\frac{M}{P}$	reale Geldmenge
N	Arbeitseinsatz der Volkswirtschaft
N'	Reaktion des Arbeitsangebots auf eine Veränderung des realen Nettolohnsatzes
N^D	Arbeitsnachfragefunktion
N^S	Arbeitsangebotsfunktion
N_i	Arbeitseinsatz eines Unternehmens i
P	Preisniveau
Π	Gewinn
\hat{P}	prozentuale Inflationsrate
PI	Preisindex
PPI	Paasche-Preisindex
PY	nominales Sozialprodukt
R_i	Nettoperiodeneinnahme eines Kapitalgutes
r	Zinssatz
$rP\bar{K}$	nominale Kapitalkosten
S	Ersparnis; Kreditangebot
s	marginale Sparquote

S_r	Reaktion der Ersparnis auf eine Zinssatzveränderung
S_{Y^V}	Reaktion der Ersparnis auf eine Veränderung des verfügbaren Einkommens
t	Steuersatz
T	Steueraufkommen
Tr	Transferausgaben des Staates
$U(.)$	Nutzenfunktion eines Haushalts
$\ddot{U}A_A$	Überschußangebot am Arbeitsmarkt
$\ddot{U}N_A$	Überschußnachfrage am Arbeitsmarkt
U_L	Grenznutzen der Freizeit
U_Y	Grenznutzen des Einkommens
UZ	Nutzenzuwachs
v	Umlaufgeschwindigkeit des Geldes
w	Nominallohn
ω	Realer Nettolohn
wN	nominale Lohnkosten
$\frac{w}{P}$	Reallohn
Y	Output der Volkswirtschaft; Einkommen
y_i	Output eines Unternehmens i
Y_f	Vollbeschäftigungsoutput der Volkswirtschaft
Y_K	Grenzprodukt des Faktors Kapital
Y_{KK}	Veränderung des Grenzprodukts des Faktors Kapital bei zusätzlichem Kapitaleinsatz
Y_{KN}	Veränderung des Grenzprodukts des Faktors Kapital bei zusätzlichem Arbeitseinsatz
Y_N	Grenzprodukt des Faktors Arbeit
Y_{NK}	Veränderung des Grenzprodukts des Faktors Arbeit bei zusätzlichem Kapitaleinsatz
Y_{NN}	Veränderung des Grenzprodukts des Faktors Arbeit bei zusätzlichem Arbeitseinsatz
Y^S	Güterangebot der Unternehmen
Y^V	verfügbares Einkommen

Kapitel 1

Das Stabilitätsziel und seine Messung

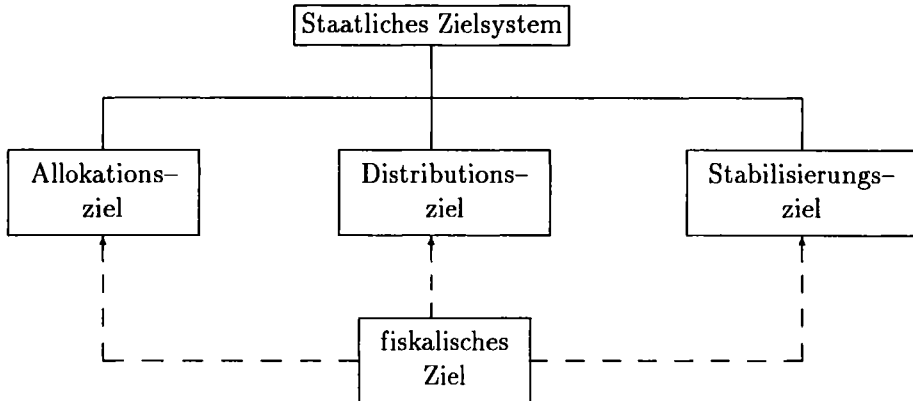
1.1 Aufgaben des Staates

Moderne Volkswirtschaften, deren Kennzeichnung als Marktwirtschaften ihre Steuerung über den Markt als vorherrschendem Lenkungsprinzip zum Ausdruck bringen soll, weisen ohne Ausnahme – wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung und Stärke – ein zweites Steuerungsprinzip auf: die Wirtschaftspolitik des Staates. Die Aufgaben des Staates in marktorientierten Volkswirtschaften können sich zum einen aus Unzulänglichkeiten bzw. unerwünschten Nebenwirkungen des Steuerungsinstrumentes Markt ergeben, zum anderen daraus, daß aus verschiedenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Interessen heraus ganz bewußt andere wirtschaftliche Resultate angestrebt werden, als sich über den Markt einstellen würden. Die Ergänzung bzw. Ersetzung des Steuerungsprinzips Markt durch das Steuerungsprinzip Staat führt in jedem Fall zu ökonomischen Abläufen und Ergebnissen, die einer besonderen Analyse bedürfen. Die Auswirkungen desjenigen Teils der Steuerung der Volkswirtschaft durch den Staat, der sich über die Einnahmen und Ausgaben des Staates vollzieht, ist Erkenntnisgegenstand eines Teilgebietes der Volkswirtschaftslehre, der Finanzwissenschaft.

Zur Strukturierung der vielfältigen Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen hat es sich in der Finanzwissenschaft seit dem Erscheinen von Musgraves Finanztheorie¹ eingebürgert, drei Hauptbereiche staatlicher Steuerungstätigkeit in marktorientierten Wirtschaftssystemen zu unterscheiden. Die Aufgaben des Staates ergeben sich danach aus den von ihm verfolgten Zielen, dem Allokationsziel, dem Distributionsziel und dem Stabilisierungsziel. Als ein weiteres Ziel, das allerdings auf einer unteren Ebene gegenüber den anderen Zielen anzusiedeln ist, wäre das fiskalische Ziel zu nennen, d.h. die Aufgabe des Staates, sich die Mittel für die Erfüllung der ersten drei Ziele zu beschaffen.

¹Musgrave (1959)

Abbildung 1.1: Staatliches Zielsystem nach Musgrave



Das *Allokationsziel* bezieht sich auf ein Hauptproblem jeder Volkswirtschaft. Der Begriff Allokation bezeichnet die Aufteilung der knappen Ressourcen einer Volkswirtschaft auf alternative Verwendungszwecke. Wird die optimale Allokation der Ressourcen durch den Marktprozeß nicht realisiert, dann liegt es nahe, zu prüfen, ob der Staat durch geeignete Maßnahmen eine Reallokation herbeiführen kann, mit dem Ziel, die Paretooptimalbedingungen, die eine optimale Allokation kennzeichnen, zu realisieren. Dieser Sicht der Dinge kann selbstverständlich auch eine solche gegenübergestellt werden, die Fehlallokationen gerade als Resultat störender Staatsingriffe auffaßt. Immerhin herrscht im Bereich der Allokation noch der geringste Dissens unter den ökonomischen Lehrmeinungen.

Die *Aufgabe der Distribution* stellt sich für den Staat immer dann, wenn die gesellschaftlich gewünschte Verteilung von derjenigen abweicht, die sich als Ergebnis der Marktprozesse einer Volkswirtschaft einstellt. Die Voraussetzungen und Resultate der sich marktmäßig ergebenden Verteilung müssen dann durch den Staat verändert werden, damit das gesellschaftlich gewünschte Verteilungsziel realisiert werden kann. Staatliche Umverteilungspolitik unterliegt in wesentlich stärkerem Maße als die Allokationspolitik kontroverser Diskussion. Sowohl unter Gerechtigkeitsaspekten als auch wegen möglicher Konflikte mit dem Allokationsziel ist das Ausmaß, ja selbst die Berechtigung des Distributionsziels überhaupt, umstritten.

Das *Stabilisierungsziel* schließlich ist darauf gerichtet, die Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität einer Volkswirtschaft zu verhindern bzw. zu minimieren, um eine störungsfreie und stetige Entwicklung der ökonomischen Aktivität sicherzustellen. Dieser Bereich staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen ist wohl der umstrittenste überhaupt. Hier wurden die schärfsten Kontroversen unter Ökonomen über Gründe und Wirkungen staatlicher Wirtschaftspolitik ausgetragen. Während die einen der Auffassung sind, das System der Marktwirtschaft sei nicht in

der Lage, die Ressourcen der Volkswirtschaft vollständig und gleichmäßig zu nutzen, vielmehr würde es zu mehr oder minder regelmäßigen Zuständen der Unter- bzw. Überauslastung der Produktionsfaktoren tendieren, sind die anderen der Ansicht, erst durch die Intervention des Staates komme es überhaupt zu den Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir als Konjunktur bezeichnen. Aus der ersten Auffassung folgt die Forderung, durch stabilisierendes Eingreifen des Staates die der Marktwirtschaft inhärente Instabilität auszugleichen. Aus der zweiten Auffassung ergibt sich die genau entgegengesetzte Forderung: Da ständige Variationen der staatlichen Handlungsparameter als Ursache der Instabilität identifiziert werden, muß konsequenterweise dem Staat ein neutrales Verhalten auferlegt werden, um eine störungsfreie Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern.

1.2 Gesetzlich fixierte Stabilitätsziele

Vor einer Analyse der theoretischen Grundpositionen, die zu so unterschiedlicher Einschätzung des Stellenwerts der Stabilisierungspolitik führen, ist zunächst zu klären, was unter dem Stabilitätsziel konkret zu verstehen ist. Diese Klärung erfolgt hier in Anlehnung an die Operationalisierung, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland getroffen wurde. Das Ziel der Stabilisierungspolitik ist für die Bundesrepublik global im Grundgesetz gesetzlich fixiert. Art. 109, Abs. 2 GG verpflichtet Bund und Länder dazu, bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Im Art. 115, Abs.1, Satz 2 GG, dem sogenannten Schuldenartikel, ist festgelegt, daß die Einnahmen aus Krediten des Staates die Summe der im Haushaltsplan vorgesehenen Investitionen nicht überschreiten dürfen, es sei denn, daß dies zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erforderlich ist.

Der aus der makroökonomischen Theorie entlehnte *Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts* muß für die praktische Stabilisierungspolitik konkretisiert werden. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 (sogenanntes Stabilitäts- und Wachstumsgesetz) füllt den Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mit Inhalt, indem es seine Einzelziele in §1 benennt: „*Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen*“². Weil es sich als schwierig erweisen kann, die genannten vier Teilziele gleichzeitig zu realisieren, wird ihre Gesamtheit auch als magisches Viereck bezeichnet.

²Die Deutsche Bundesbank ist ebenfalls in diese Teilziele eingebunden. Sie ist zwar nach §3 Bundesbankgesetz vornehmlich für die Sicherung der Währung verantwortlich, soll aber nach §12 gleichzeitig die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstützen.

Die Enumeration der Teilziele konkretisiert zwar den Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für die Stabilisierungspolitik näher, jedoch bleibt die Konkretisierung noch ungenau, da die Teilziele selbst nicht näher definiert werden. Zur Operationalisierung der genannten Teilziele sind drei Schritte erforderlich:

1. Für die *qualitative Operationalisierung* muß jedem Teilziel ein Indikator zugeordnet werden, der in der Lage ist, den Bedeutungsinhalt des Teilziels möglichst gut zu erfassen.
2. In einem zweiten Schritt ist für die *quantitative Operationalisierung* festzulegen, welcher numerische Wert des gewählten Indikators als Zielerreichung einzustufen ist.
3. Schließlich ist für die *zeitliche Operationalisierung* festzulegen, innerhalb welcher Zeitperiode die gewählten Zielwerte erreicht werden sollen.

Die zeitliche Operationalisierung ist durch §2 des Stabilitätsgesetzes gegeben, in dem die Bundesregierung verpflichtet wird, die von ihr für das laufende Jahr angestrebten Ziele in *Zielprojektionen* darzulegen. In ihren Jahreswirtschaftsberichten im Januar eines jeden Jahres veröffentlicht die Bundesregierung, welche Zielwerte sie bei Berücksichtigung der Ausgangslage für erreichbar hält. Ergänzt wird dieses Jahresziel durch eine mittelfristige Zielprojektion für die angestrebte wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 5 Jahre, da nach §9 des Stabilitätsgesetzes die Bundesregierung verpflichtet ist, ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik in mehrjähriger Vorausschau zu konzipieren. Die mittelfristige Zielprojektion wird im Finanzbericht veröffentlicht und jährlich fortgeführt. Im Gegensatz zur zeitlichen Operationalisierung sind sowohl die qualitative als auch die quantitative Zieloperationalisierung gesetzlich nicht fixiert. Damit ist weder eindeutig klar, an welchen Indikatoren Zielverfehlungen zu messen sind, noch welche Werte eines Indikators eine Zielverfehlung bedeuten³.

1.3 Indikatoren der Zielerreichung

Die bisher fehlende gesetzliche Fixierung der qualitativen und quantitativen Operationalisierung der Teilziele führt dazu, daß nicht durchgängig ein und derselbe

³Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Fixierung der Operationalisierung zeigt eine Klage, die 231 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion des 9. Bundestages im September 1982 gegen die Haushaltspolitik der sozialliberalen Koalition angestrengt hatten. Die Klage richtete sich gegen das Gesetz vom 13. Juli 1981 zur Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Jahr 1981, in dem der Bundesfinanzminister zu einer Verschuldung von 33,775 Mrd. DM ermächtigt wurde, so daß das im Haushalt vorgesehene Investitionsvolumen um 1,869 Mrd. DM überschritten wurde. Am 2. September 1989 wies das Bundesverfassungsgericht in seinem sogenannten Schuldenurteil die Klage ab und bestätigte die Auffassung der damaligen Regierung, nach der die Maßnahme geeignet gewesen sei, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu verhindern. Um zukünftig mehr Rechtssicherheit zu gewährleisten, fordert das Urteil gleichzeitig eine Konkretisierung des Begriffs „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“, soweit das angesichts der Dynamik wirtschaftlicher Konstellationen überhaupt möglich ist.

Indikator zur Messung eines Teilziels verwendet wird. Ebenso ist die quantitative Zieloperationalisierung Schwankungen unterworfen.

1.3.1 Stabiles Preisniveau

Das erstgenannte Teilziel des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, ein stabiles Preisniveau, nahm im Bewußtsein der Öffentlichkeit lange Zeit eine überragende Stellung ein. Das Stabilitätsgesetz dagegen setzt keine Prioritäten bzgl. der Bedeutung der Teilziele, sondern fordert, daß sie gleichrangig zu verfolgen sind.

Das Ziel eines stabilen Preisniveaus ist nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach der Konstanz aller Preise. In einer Marktwirtschaft müssen die einzelnen Preise flexibel sein, damit sie ihre Funktion als Knappheitsindikatoren erfüllen können. Ein stabiles Preisniveau ist dadurch gekennzeichnet, daß sich bei veränderten Knappheitsrelationen Preissteigerungen und Preissenkungen einzelner Güter so aufheben, daß bei geänderter Preisstruktur das Preisniveau und damit die Kaufkraft des Geldes konstant bleibt.

Liegt dagegen ein anhaltender Anstieg des Preisniveaus vor, so herrscht *Inflation*. Die prozentuale Wachstumsrate des Preisniveaus, die Inflationsrate, mißt die relative Veränderung des Preisniveaus einer Berichtsperiode (t) gegenüber einer Basisperiode (0),

$$(1.1) \quad \hat{P}_{0t} = \frac{P_t - P_0}{P_0} \times 100$$

oder

$$(1.2) \quad \hat{P}_{0t} = \underbrace{\frac{P_t}{P_0} \times 100}_{\text{Preisindex (PI)}} - 100,$$

wobei der erste Summand von (1.2) als *Preisindex* bezeichnet wird. Ein Preisindex (*PI*) setzt einen gewogenen Durchschnitt der Einzelpreise der Berichtsperiode und der Basisperiode zueinander ins Verhältnis:

$$(1.3) \quad PI_{0t} = \frac{\sum_{i=1}^n p_i^t \mathcal{G}_i}{\sum_{i=1}^n p_i^0 \mathcal{G}_i} \times 100 \quad \mathcal{G}_i : \text{Gewichte.}$$

Für die Bildung des Preisindex, der Auskunft darüber geben soll, ob sich das Preisniveau verändert hat oder nicht, sind nun zwei Fragen zu beantworten:

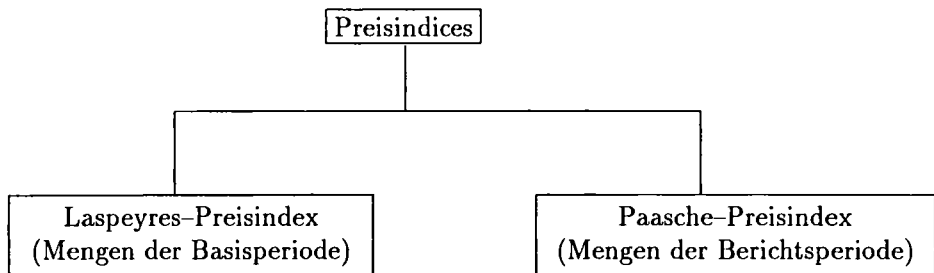
- Wie sollen die Gewichtungsfaktoren \mathcal{G}_i im Preisindex gewählt werden?
- Welche Einzelpreise p_i und damit welche Güterarten sollen in den Index aufgenommen werden?

Während es sich bei der ersten Frage um ein indextechnisches, also statistisches Problem handelt, betrifft die Wahl des adäquaten Güterbündels die Wertentscheidung, welches Aggregat von Gütern als relevant für die Geldwertstabilität einzustufen ist. Nach beiden Kriterien lassen sich Preisindizes untergliedern.

1.3.1.1 Statistische Preisindices

Als Gewichte G_i im Preisindex bieten sich die Mengen der einzelnen Güter des gewählten Güterbündels an, da sie den quantitativen Stellenwert eines jeden Gutes am betrachteten Gesamtgüterbündel bestimmen. Da ausschließlich Preisveränderungen erfaßt werden sollen, ist es erforderlich, die Gewichte und damit die Gütermengen für die Basisperiode und die Berichtsperiode gleich zu wählen. Nur dann können ausgewiesene Veränderungen des Güterbündels nur aus Preisveränderungen, nicht aber aus Mengenveränderungen resultieren. Je nach dem Zeitbezug der Gewichte lassen sich zwei Arten von Preisindizes unterscheiden: der Laspeyres-Index und der Paasche-Index.

Abbildung 1.2: Statistische Preisindexmethoden



Werden als Gewichte die Mengen der Basisperiode (x_i^0) verwendet, so ergibt sich der *Laspeyres-Preisindex* (*LPI*):

$$(1.4) \quad LPI_{0t} = \frac{\sum_{i=1}^n p_i^t x_i^0}{\sum_{i=1}^n p_i^0 x_i^0} \times 100.$$

Der Laspeyres-Preisindex informiert also darüber, um wieviel sich die Kosten des Güterbündels der Basisperiode in der Berichtsperiode verändert haben. Für die prozentuale Inflationsrate \hat{P}_{0t} im Zeitraum zwischen der Basisperiode (0) und der Berichtsperiode (t) gilt mit (1.2) dann:

$$(1.5) \quad \hat{P}_{0t} = LPI_{0t} - 100.$$

Zur griffigen Beschreibung der Preisniveaumentwicklung wird häufig auf die periodenweise Inflationsrate zurückgegriffen. Diese läßt sich aus der Zeitreihe der Entwicklung des Preisindex nach Laspeyres unmittelbar ermitteln, indem zwei benachbarte Werte der Preisindexreihe, z.B. der Index der Periode t ,

$$(1.6) \quad LPI_{0t} = \frac{\sum_{i=1}^n p_i^t x_i^0}{\sum_{i=1}^n p_i^0 x_i^0} \times 100,$$

und der Index der vorangegangenen Periode ($t - 1$),

$$(1.7) \quad LPI_{0(t-1)} = \frac{\sum_{i=1}^n p_i^{t-1} x_i^0}{\sum_{i=1}^n p_i^0 x_i^0} \times 100,$$

aufeinander bezogen werden:

$$(1.8) \quad \frac{LPI_{0t}}{LPI_{0(t-1)}} = \frac{\sum_{i=1}^n p_i^t x_i^0}{\sum_{i=1}^n p_i^{t-1} x_i^0}.$$

Mit (1.2) folgt dann für die periodenweise Inflationsrate:

$$(1.9) \quad \hat{P}_t = \left(\frac{LPI_{0t}}{LPI_{0(t-1)}} - 1 \right) \times 100.$$

Wird die Gewichtung mit Hilfe der Mengen der Berichtsperiode (x_i^t) vorgenommen, so folgt der *Paasche-Preisindex*:

$$(1.10) \quad PPI_{0t} = \frac{\sum_{i=1}^n p_i^t x_i^t}{\sum_{i=1}^n p_i^0 x_i^t} \times 100.$$

Der Paasche-Preisindex zeigt an, um wieviel sich die Kosten des Güterbündels der Berichtsperiode gegenüber der Basisperiode verändert haben. Die prozentuale Inflationsrate gegenüber der Basisperiode ergibt sich in Analogie zu (1.2) als:

$$(1.11) \quad \hat{P}_{0t} = PPI_{0t} - 100.$$

Im Gegensatz zum Laspeyres-Index läßt sich die periodenweise Inflationsrate aus der Entwicklung des Paasche-Index durch zwei zeitmäßig aufeinander folgende Werte

des Indexes nicht ermitteln. Da die Mengen der Berichtsperiode als Gewichte verwendet werden, führt ein zu (1.8) analoges Verfahren zu einem Ausdruck, der sowohl Preis- als auch Mengenveränderungen aufweist,

$$(1.12) \quad \frac{PPI_{0t}}{PPI_{0(t-1)}} = \frac{\sum_{i=1}^n p_i^t x_i^t}{\sum_{i=1}^n p_i^0 x_i^{t-1}} \frac{\sum_{i=1}^n p_i^0 x_i^{t-1}}{\sum_{i=1}^n p_i^{t-1} x_i^{t-1}},$$

und daher nicht geeignet ist, um die periodenweise Preisniveaumentwicklung nachzuzeichnen, obwohl fälschlicherweise in der Praxis häufig so verfahren wird.

1.3.1.2 Preisindexarten

Die Wahl des adäquaten Güterbündels für die Bildung eines Indikators der Preisniveaustabilität ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Letztlich ist dabei das Problem zu lösen, wie umfangreich der gewählte Güterkorb sein soll, an dem die Preisniveaustabilität zu messen ist. Für einen möglichst umfassenden Güterkorb spricht die Zielvorstellung einer Erfassung der allgemeinen Preisentwicklung. Da aber andererseits die relevante Kaufkraft des Geldes von seiner speziellen Verwendung abhängig ist, muß der Güterkorb entsprechend selektiv gestaltet sein. Weil es nicht möglich ist, einen Güterkorb zu bilden, der beide Anforderungen erfüllt, kann es nicht nur einen einzigen Preisindex geben, der für alle Zwecke gleich gut geeignet ist. Aus diesem Grund ermittelt das Statistische Bundesamt für die Bundesrepublik über 20 verschiedene Preisindexarten, so z.B. den Preisindex der Erzeugerpreise, der Bauwerke, der landwirtschaftlichen Erzeugnisse etc., je nachdem welche spezielle Fragestellung untersucht wird.

Von den berechneten Preisindices sind zwei Arten von besonderer Bedeutung. Zum einen die Gruppe der Preisindices der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie ist es deshalb, weil die Bundesregierung nach §2 StWG verpflichtet ist, bei ihren Zielprojektionen Mittel und Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verwenden. Zum anderen interessiert in der Öffentlichkeit dagegen fast ausschließlich die Entwicklung der Preisindices der Lebenshaltung.

1.3.1.2.1 Preisindices der VGR Die Preisindices der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermöglichen eine Darstellung der Preisentwicklung von großen Aggregaten. Sie weisen damit die Eigenschaft eines sehr umfassenden „Güterkorbes“ auf und werden technisch nach der Paasche-Methode ermittelt. Der umfassendste Preisindex, der sich überhaupt bilden läßt, ist der *Preisindex des Bruttosozialprodukts*. Seine Entwicklung seit 1960 zeigt die Abb. 1.3. Über den gesamten Zeitraum ist ein Ansteigen des Preisindex zu verzeichnen, wobei allerdings die Veränderungsrate starken Schwankungen unterworfen ist.

Neben diesem vom Güterkorb her maximalen Indikator verwendet die Bundesregierung bei ihren Projektionen jedoch auch kleinere Aggregate, wie den *Preisindex der letzten Verwendung*, der die Importe ausklammert, den *Preisindex der letzten*